

AFK-Jahreskolloquium 2011

„Macht in Konflikten – Macht von Konflikten“

Berichterstellung: Christine Schnellhammer unter Mitarbeit von: Lisa Bunselmeyer, Yvonne Eifert, Jana Groth, Friedrich Plank

Das AFK-Kolloquium 2011 wurde in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Villigst organisiert und fand vom 7. – 9. April 2011 an genanntem Ort statt. Gefördert wurde die Tagung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) und die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Begrüßung und Einführung

Zum Auftakt des Kolloquiums wies der Leiter der Evangelischen Akademie, Uwe Trittman, in seiner Begrüßungsrede auf die vielfältigen Verschränkungen von Macht und Konflikten hin. In der Erwartung, dass die ambivalenten Begriffe und Themen in den Panels vielschichtige Diskussionen auslösen würden, unternahm er den Versuch, mit dem Machtbegriff einen thematischen Bogen zu spannen. Macht sei nach Max Weber „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“, wobei Machtausübung über die Beziehung von Individuen hinausgehe.

Anschließend begrüßte Regine Mehl in ihrer Funktion als erste Vorsitzende der AFK die TeilnehmerInnen des Kolloquiums und wies auf die Möglichkeit der Mitgliedschaft in der AFK als Verband der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung hin. Nach der Vorstellung der neuen Geschäftsführerin - Pia Popal - und der Bekanntgabe des Termins für das AFK-Kolloquium 2012, leitete die Vorsitzende zum neuen konzeptionellen Rahmen der Tagung über.

Eröffnungsvortrag

Das Kolloquium wurde inhaltlich mit dem Vortrag von Vivienne Jabri zum Thema „Cosmopolitan Wars and the Transformation of Global Politics“ eröffnet. Ausgangspunkt ihrer Präsentation war die Frage, wie sich die Konzepte Frieden und Konflikt zu Macht verhalten. Für Vivienne Jabri ist die Ursache der Entstehung neuer Kriege im Wandel vom Politischen zum Gesellschaftlichen zu sehen. Die Ablösung juristischer Begrifflichkeiten durch soziale Konzepte (z.B. Netzwerk Krieg) könne diese These eindrucksvoll belegen. Im Namen des Bevölkerungsschutzes würden Interventionen durchgeführt, die einen Wandel der internationalen Reaktionen auf Konflikte implizieren. Anstatt eines politischen Verständnisses von Konflikten stehe heute die Kontrolle von Gesellschaften im Vordergrund. Perforierte Linien zwischen innen und außen, national und international, öffentlich und privat, Krieg und Sicherheit sowie Krieg und Kriminalität demnach politische Prozesse. Das Internationale werde durch drei historisch verbundene und spannungsgeladene Sphären konstituiert. Diese seien erstens das System souveräner Staa-

ten, zweitens die transnationale Sphäre der Menschlichkeit und drittens die kapitalistische, globalisierte, internationale politische Ökonomie. Hierzu merkte die Rednerin an, dass Kapitalismus und Kosmopolitismus seit jeher eng miteinander verbunden seien. Die Definition des Internationalen, welche über die Wichtigkeit des Staates hinaus auch nicht-staatliche Akteure und den Schutz des Menschlichen beinhaltet, führte die Rednerin zu einem Paradox in Kants Kosmopolitismus. Dieses bestehe in der engen Beziehung zwischen dem kosmopolitischen Ethos und dem Bekenntnis zu modernen Institutionen. Während ein juristisch-politisches Verständnis von Macht durch den souveränen Staat, die Sozialisierung des Krieges, internationale Regulierungsformen, überlappende und sich ändernde Souveränitäten sowie durch die Entstehung einer globalisierten Artikulation von souveräner Macht gekennzeichnet sei, fokussiere ein historisch-soziales Verständnis auf transnationale menschliche Interaktionen, Globalisierung sowie die Definition von Macht als „government of populations“. Im Gegensatz zu Kant bzw. Habermas sei die internationale Neugestaltung von Bevölkerungen, deren Konsequenzen Kriegsführung im Namen der Humanität und Interventionen im postkolonialen Gewande seien, nicht Bestandteil der Lehre von Foucault. Die gefährliche Vermischung von Krieg und Frieden bei Habermas könne nicht länger unberücksichtigt bleiben. Aus diesem Grund müsse man letztlich eine Entscheidung treffen zwischen Foucault und Habermas. Letzterer lege den Schwerpunkt eindeutig auf den Bereich der Menschenrechte und die Pazifizierung der Welt, wobei er die anderen Sphären des Internationalen ausblende. Foucault hingegen habe ein globales Verständnis von Machtoperationen und sei daher besonders hilfreich im Hinblick auf die Debatte, wie sich Krieg zum Schauspiel der Herrschaft einer globalen Regierung entwickelt.

In der darauffolgenden Diskussion sorgte diese Dichotomie zwischen Habermas und Foucault für rege Beteiligung. Insbesondere die fundamentale Wahlmöglichkeit dieser binären Konstruktion und der Legalismus standen im Zentrum der Kritik. Auf die Frage, welche praktischen Implikationen aus den Ergebnissen für die normativen Standards (z.B. R2P) folgen würden, gab die Rednerin zu bedenken, dass die *Responsibility to protect* einen Diskurs des Exzeptionalismus begründe und irgendjemand über diese Einsätze entscheiden müsse. Die Begründung von Interventionen mit der Protektion der lokalen Bevölkerung verleugne deren Selbstvertretungsanspruch. Für die Lösung von Konflikten sei es essentiell, dass die Betroffenen selbst Verantwortung für den Konflikt übernehmen. Externe Akteure hingegen sollten eine ganz andere Haltung zu derartigen Konflikten einnehmen, welche Jabri in der einfachen Formel „it's your conflict“ ausdrückt. Ihre Ablehnung der R2P begründete sie auch mit den Auswirkungen des Protektionsdiskurses auf Subjekte. Eine Position zur Verteidigung von Habermas, bezog sich auf die erkenntnistheoretische Differenz zwischen Foucault und Habermas. Während sich Foucaults Kritik an strukturellen Machtbeziehungen auf die weltpolitische Realität konzentriert, möchte Habermas einen Idealzustand aufzeigen. Dieser epistemologische Unterschied sei grundlegend und dürfe in dieser binären Konstruktion nicht unberücksichtigt bleiben. Vivienne Jabri gesteht den Unterschied zwischen der Analyse Foucaults und der Hoffnung von Habermas zu, sieht darin aber keine Entkräftung ihres Arguments. Während Foucault Recht als Teil der Macht anerkennt, wird ihm bei Habermas die Funktion eines neutralen Friedensstifters zugeschrieben.

Darüber hinaus müsse konstatiert werden, dass die Sprache der Protektion keinen Raum für Wahlmöglichkeiten lasse.

Panel: Die Faktoren ‚Macht‘ und ‚Machtverteilung‘ in der quantitativen Friedens- und Konfliktforschung

In diesem Panel wurden unter der Leitung von Margit Bussmann insgesamt vier Papiere vorgestellt und von zwei Discussants kommentiert, wobei sich neben der methodischen Gemeinsamkeit auch ein inhaltlicher Schwerpunkt zeigte: die Beschäftigung mit Bürgerkriegen. Den Anfang machte Georg Strüver mit seinem Vortrag „Ex oleo bellare? The impact of Oil on the Outbreak of Militarized Interstate Disputes“. Ausgehend von der Forschungsfrage, ob ölfreiche Länder mit höherer Wahrscheinlichkeit an internationalen Konflikten beteiligt sind, führte der Referent kurz in die theoretischen und empirischen Grundlagen seiner Forschungsarbeit ein. Den Kern der Analyse bildeten die Hypothesen, dass ölfreiche Staaten mit höherer Wahrscheinlichkeit zwischenstaatliche Dispute initiieren als ölfarme Länder und dass ölfreiche Staaten häufiger das Ziel von ausländischen militärischen Attacken seien als ölfarme Länder. Knapp zusammengefasst ergab die Analyse folgende Ergebnisse: Eine hohe Ölproduktion gemessen am GDP erhöht die Wahrscheinlichkeit zwischenstaatlicher Konflikte. Dies gilt allerdings nicht für die Ölproduktion pro Kopf. Ferner kann der genannte Zusammenhang nur bedingt auf Rentierstaatsmechanismen zurückgeführt werden und nur kleine ölfreiche Länder sind häufiger Opfer von externer Aggression als ölfarme Länder.

Im zweiten Vortrag des Panels befasste sich Felix Bethke mit den „Effects of Government Revenue and Spending on Domestic Unrest“. Seine leitende Forschungsfrage war, ob es einen Zusammenhang zwischen Staatseinnahmen bzw. Staatsausgaben und Bürgerkriegsrisiko gibt. Bisher konnten in diesem Forschungsfeld keine signifikanten Ergebnisse nachgewiesen werden, weshalb die AutorInnen eine Veränderung der Analysekatgorien vorgenommen haben und *riots* anstatt *civil war* untersuchen. Im weiteren Verlauf wurden zwei Hypothesen präsentiert, von denen die erste einen Zusammenhang zwischen hohen Staatseinnahmen durch Besteuerung und niedrigerem Risiko für Unruhen unterstellt. Die zweite Hypothese bezieht sich auf die Staatsausgaben, wobei das Risiko für Unruhen umso niedriger ist, desto mehr finanzielle Ressourcen für Bildung, Gesundheit und Soziales zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt konnte dabei ein negativer Zusammenhang im Bezug auf die Staatsausgaben festgestellt werden. Besagter Effekt ist jedoch nur in Autokratien relevant und sogar dort ist die Wahrscheinlichkeit eher gering, dass es zu Unruhen kommt.

Julian Wucherpfnig präsentierte ein Paper zu ethnonationalistischen Konflikten. Hierbei stand die Auswirkung von ethnischer Machtteilung (*power-sharing*) auf die Rückfallquote und die Dauer ethnisch geprägter Konflikte im Zentrum seines Erkenntnisinteresses. Als Befürworter der ethnischen Machtteilung unternahm der Referent den Versuch, die positiven Auswirkungen von *power-sharing* nachzuweisen, obwohl die bisherigen Forschungsergebnisse in diesem Bereich nicht sehr vielversprechend erscheinen. Ausgehend von der These, dass die Beendigung derartiger Kriege davon abhängt, ob der Nutzen des Friedens den Nutzen der Fortführung des Krieges übersteigt, ergeben sich für Julian Wucherpfnig folgende Annahmen: Das erwartete Rückfallrisiko entscheidet über die

Bereitschaft der Kriegsparteien, in Frieden zu investieren und Machtteilung tritt dort auf, wo die Bedingungen mutmaßlich am schwierigsten sind. Die Bereitschaft zur Machtteilung ist demnach nur in jenen Fällen vorhanden, in denen *power-sharing* zwingend erforderlich ist. Wichtige Faktoren für die Bestimmung eines höheren Konfliktrisikos sind zum Beispiel das Kräftegleichgewicht oder eine imperialistische Vergangenheit. Zu den Ergebnissen kann gesagt werden, dass der Zusammenhang positiv, aber statistisch nicht signifikant ist. Als Fazit kann festgehalten werden, dass Machtteilung nach Konflikten meist dort auftritt, wo die Bedingungen von vornherein am schwierigsten sind.

Zum Abschluss des Panels hielt Michael Fürstenberg einen Vortrag zum Einfluss transnationaler Rebellen auf die Beendigung von Bürgerkriegen. Den konfliktverlängernden Auswirkungen (z.B. Schattenökonomie) wurden die positiven Effekte von transnationalen Rebellengruppen auf die Aufnahme von Verhandlungen durch Regierungen gegenübergestellt. Verhandlungsprozesse werden jedoch in der Folge durch ein massives *credible-commitment* Problem beeinträchtigt. Bei der Darstellung der Ergebnisse wurde problematisiert, dass der Einfluss von transnationalen Rebellengruppen auf Abkommen und Verhandlungen nur dann signifikant ist, wenn man die Dauer von Konflikten als Kriterium herausnimmt. Dies gilt jedoch nicht für Friedensschlüsse, auf welche transnationale Rebellen substantielle Auswirkungen zu haben scheinen. Die Hypothesen, dass transnationale Rebellen sich positiv auf die Aufnahme von Verhandlungen auswirken, aber militärische Siege, erfolgreiche Abschlüsse und das Implementieren von Verhandlungen erschweren, wurden demnach in der Tendenz bestätigt.

Alle vier präsentierten Papiere wurden auf diesem Panel von Discussants kommentiert; Matthias Basedau und Margit Bussmann gingen dabei jeweils sehr differenziert auf Fragen der Analysemodelle, Forschungsdesigns, Datennutzung, Variablenverwendung und die Darstellungsweisen in den Papieren ein, während sich die jeweils anschließenden Diskussionen stärker auf alternative Erklärungen für die quantitativ nachgewiesenen Zusammenhänge oder noch unberücksichtigte, aber möglicherweise relevante Variablen konzentrierten. Abschließend wurden noch ausführlich Fragen einer besseren Vernetzung quantitativer ForscherInnen in der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland und Europa erörtert.

Panel: Von Konflikten und Mächten zur See – Piraterieforschung in Deutschland

Kerstin Petretto stellte fest, dass Piraterie vornehmlich dort auftritt, wo es an Staatlichkeit oder Durchsetzungsvermögen staatlicher Interessen fehle. In der Moderne seien bislang zwei Wellen von Piraterie zu verzeichnen: Nach dem ersten Ereignis dieser Art in den 90er Jahren in der Straße von Malakka in Südostasien – ohne externes Engagement, da die asiatischen Staaten diesen Konflikt selbst regelten – sorgte das erneute Auftreten der Piraterie vor der Küste Somalias für großes Aufsehen und hatte eine EU/NATO-Mission namens „Atalanta“ zur Folge, an der sich auch Indien, China und Russland beteiligten. Die Ursachen der jüngsten Vorfälle dieser Art liegen im fortschreitenden Staatszerfall Somalias und in der Nutzung der maritimen Region durch die internationale Fischindustrie begründet.

Christian Büger stellte Piraterie als postmodernes Sicherheitsproblem dar, das durch eine Verkettung unterschiedlicher Aspekte gekennzeichnet sei: Zentrale Bedeutung komme hierbei der Nicht-Anerkennung territorialer Ansprüche in Kombination mit dem Zweifel am Autoritätsanspruch des Westens einerseits und der Verbindung von Sicherheits- und Entwicklungsproblemen andererseits zu. Piraterieforschung müsse als eigenständiger Zweig innerhalb der IB verstanden werden und weise einen hohen interdisziplinären Charakter auf.

Die Diskussion fokussierte auf Kontrollmöglichkeiten, die das Seerecht bei Piraterie vorsieht und wem die Durchführung dieser Kontrollfunktion obliegt. Der ideologische Unterbau verweise auf Robin Hood-Narrative, die von somalischen Piraten aufgegriffen würden. Es sei außerdem anzunehmen, dass die anonymen Investoren tatsächlich erheblich von der Piraterie profitieren. Selbst in Folge der Konfliktregelung in der Straße von Malakka sei auch dort wieder eine Verschlechterung der Lage festzustellen.

Patricia Schneider arbeitet an einem Projekt, das sich in drei Pakete gliedern lässt: (1) objektive Unsicherheitslage, (2) subjektive Unsicherheitsperzeption und (3) zivile Handlungsoptionen. Ziel des Projekts sei die Optimierung der Handlungsoptionen sowie die Erarbeitung eines Risikomodells und die Entwicklung einer *Security Governance* Konzeption. Die Analyse der Risikolage zur See orientiere sich an einem vierstufigen Risikomodell. Insgesamt könne festgestellt werden, dass die Problemlösungsstrategie der *Security Governance* funktioniert, obwohl mehrere Staaten daran beteiligt sind und es keine zentralisierten Kommandostrukturen gibt. Die Forschung befinde sich jedoch in einem Zwiespalt zwischen Friedensforschung und handelsökonomischen Aspekten.

Melanie Zimmers Vortrag widmete sich der Rolle privatwirtschaftlicher Akteure. Das Forschungsfeld der transnationalen Kriminalität schließe neben Menschenhandel, Korruption und illegalem Waffenhandel auch den Aspekt der Piraterie ein. Relevant seien in diesem Zusammenhang sowohl die Rolle privater Akteure als auch das Zusammenwirken privater und öffentlicher Akteure. Dazu könne eine Klassifizierung von beteiligten privaten Akteure in drei Typen vorgenommen werden: Reeder, Versicherungen und private Sicherheitsfirmen. Für diese Akteursgruppen hat sich Piraterie als neues Geschäftsfeld etabliert.

„Beyond Root Causes and Instrumental Rationality: Somali Piracy as Cultural Practice“ stellten Sascha Werthes und Christian Büger vor. Derzeit sei die Pirateriebekämpfung von hohen Kosten und mangelnder Effizienz geprägt, zumal bislang keine nachhaltige Reduktion der Piratenangriffe ersichtlich sei. Unklarheit bestehe darüber hinaus über die Auswirkungen des staatlich-militärischen Vorgehens. Potentielle Probleme sind nicht nur im Bereich der Strafverfolgung und Resozialisierung verurteilter Piraten zu befürchten, sondern auch Lösegelderpressungen und eine Zunahme des Eskalationsrisikos bei zukünftigen Auseinandersetzungen mit Piraten müssen in die Gefahrenanalyse einbezogen werden. Die Ablehnung der bisherigen Strategie sei abhängig von der Entwicklung praktikabler Alternativen. Aus früheren Interventionserfahrungen im Bereich des *peacebuilding* lassen sich bestimmte erfolgsversprechende Handlungsstrategien ableiten. Darüber hinaus sind kreative Lösungen und Offenheit für neue Strategien nötig.

Panel: Die Rolle von Macht beim Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren

Ulrich Schneckener verdeutlichte eingehend den Unterschied zwischen Macht und Gewalt. Gewalt könne zwar die Basis von Macht darstellen, letztere jedoch nicht dauerhaft erhalten, weshalb Gewalt nur als ein Bestandteil von Macht angesehen werden kann. Der Erhalt von Macht brauche beides, die Gratifikationsmacht im Sinne von Anreizen und Belohnung und die Sanktionsmacht im Sinne von Gewalt.

Der Beitrag von Eva Dingel beschäftigte sich mit dem Spannungsverhältnis von nichtstaatlichen Gewaltakteuren und staatlicher Macht. Sie untersucht die Machtverhältnisse zwischen Staat und islamischer Opposition am Beispiel der libanesischen Hezbollah und der ägyptischen Muslimbrüder. Entgegen ursprünglicher Erwartungen hat sie dabei festgestellt, dass politische Opportunitätsstrukturen in hohem Maße die Wahl von oppositionellen Strategien beeinflussen, wobei eine Zunahme von staatlicher Repression nicht zwangsweise zu einer Zunahme von Gewalt seitens der Widerstandsgruppen führe.

Der Vortrag von Stephan Hensell beschäftigte sich hingegen mit der Frage, was im Übergang von nichtstaatlichen Gewaltakteuren zu staatlichen Akteuren passiert. Am Beispiel der politischen Transformation von Rebellen im Kosovo zeigte er verschiedene Faktoren auf, welche die Bildung von neuen Eliten in Nachkriegsgesellschaften beeinflussen. Zu diesen gehören nicht nur die Dynamik und der Umfang des Kriegs, sondern auch die Form der Kriegsbeendigung sowie die Präsenz internationaler Akteure.

Am Beispiel des *Deed of Commitment* zum Verbot von Landminen analysierte Stefanie Herr, warum nichtstaatliche Gewaltakteure wie die sudanesische SPLM/A sich zu Normanerkennungen entschließen und welches friedensfördernde Potential NGOs wie der *Geneva Call* haben können. Ihre ersten Ergebnisse zeigen, dass für die Normanerkennung eine Kombination von rationalen und normativen Faktoren ausschlaggebend ist, während materielle Faktoren nicht so wichtig sind. Besondere Bedeutung misst sie dem *shadow of future statehood* zu.

In der Diskussion der Beiträge wurde deutlich, dass Macht beim Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren eine sehr wichtige Rolle spielt und insbesondere das Verhältnis zwischen nichtstaatlicher und staatlicher Macht entscheidend ist. Dabei veranschaulichten die Beispiele dieses Panels, dass NGOs durchaus einen friedensfördernden Einfluss auf nichtstaatliche Gewaltakteure haben können. Besonders bedeutsam sei auch die Tatsache, dass NGOs den Anspruch der nichtstaatlichen Gewaltakteure stärken, ähnlich wie staatliche Gewaltakteure behandelt zu werden. In staatlichen Kategorien zu denken und zu handeln, sei wiederum der Anstoß für Gewaltverzicht und Normanerkennung für nichtstaatliche Gewaltakteure.

Panel: Analysen von (Be-)Deutungsmacht

Zu Beginn des Panels machte Michael Brzoska deutlich, dass die Vorträge weniger das Verhältnis von Konflikt und Macht beleuchten als vielmehr grundlegende Überlegungen zum Begriff der Macht selbst vorstellen würden. Vor

allem die Macht von Sprache – als wesentlichem Element sozialer Beziehungen und Instrument der Ausübung von Macht innerhalb dieser Beziehungen – stand dabei im Vordergrund.

Regina Heller thematisierte die Macht von Sprache in der diskursiven Legitimierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch staatliche Akteure. Die Intensivierung von Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung gehe einher mit erheblichen Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten. Staatliche Akteure müssten deshalb sowohl die eigene Bevölkerung als auch die internationale Öffentlichkeit von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugen. Regina Heller stellte eine vergleichende Inhaltsanalyse offizieller Stellungnahmen aus Russland, der EU und den USA vor. Matenia Sirseldudi beschäftigte sich mit der Definitionsmacht im Jihad-Narrativ und untersuchte diskursanalytisch Argumentationen international agierender Jihadisten. Dabei machte sie sowohl in den Narrativen und Zielgruppen der jihadistischen Argumentationen als auch in ihren Kommunikationswegen einen grundlegenden Wandel aus. Der Jihad richte sich nicht mehr vorwiegend gegen die eigene Regierung, sondern sei zunehmend global orientiert. Dabei würden vermehrt auch "westliche" Argumentationsstrategien bernommen. Sybille Reinke de Buitrago untersuchte die Macht von Sprachbildern in der deutschen und amerikanischen Sicherheitspolitik zum internationalen Terrorismus. Sie ergänzt eine Inhaltsanalyse offizieller Stellungnahmen und Strategiedokumente durch Interviews mit außen- und sicherheitspolitischen ExpertInnen. Dabei stellt sie Unterschiede in den Argumentationsmustern der deutschen und amerikanischen Diskurse fest. Während in den USA das Thema des internationalen Terrorismus stark emotionalisiert werde, werde in Deutschland Terrorismus als Bedrohung, Problem und Herausforderung gleichermaßen dargestellt. Raphael Bossong setzte sich mit dem Begriff der "Radikalisierung" in der europäischen Antiterrorismuspolitik auseinander. Das Erklärungsmuster der "Radikalität" bzw. "Radikalisierung" international agierender Akteure sei attraktiv für die EU, bleibe aber wenig konkret. Der Begriff "Radikalisierung" impliziere einen pyramidenförmigen Prozess mit einem klaren Anfangs- und Endpunkt. Dessen Existenz sei jedoch fragwürdig. Auch die von der EU praktizierte Externalisierung von *root causes* sei problematisch. Die Vorstellung, dass die Ursachen des internationalen Terrorismus allein in der arabischen Welt begründet liegen, müsse überdacht werden.

Panel: Transitional Justice als Intervention

Mayeul Hiéramente stellte in seinem Beitrag die Rolle des IStGH dar sowie die Probleme, welche sich aus dem Vorwurf des Neo-Kolonialismus sowie der Instrumentalisierung durch semidiktatorische Regime ergeben. Daraus leitete er drei Handlungsoptionen für den IStGH ab: 1) die *Ausweitung der Strafverfolgung*, 2) die *Betonung der Subsidiarität* und 3) das *Eingeständnis politischer Abhängigkeit*.

Christian Braun untersuchte in seinem Beitrag das bosnische Denkmal für das Massaker in Srebrenica als Transitional Justice-Intervention. Die kontinuierliche Politisierung des Denkmals, die unterschiedlichen Perzeptionen der Vergangenheit und die finanzielle Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft wirken sich allerdings eher konfliktverschärfend denn friedensfördernd aus.

Teresa Koloma Beck fragte in ihrem Beitrag nach interventionsgestützten Transitional Justice- Maßnahmen in Mosambik. Nach dem Friedensschluss 1992 kommt es heute wieder zunehmend zu Unruhen, deren Aufklärung von Opfern gefordert wird, Die Regierungspartei lehnt eine strafrechtliche Verfolgung dieser Taten jedoch ab. Eine wirkliche Aufklärungsarbeit und Konfliktbewältigung könnte nur durch eine internationale Intervention gewährleistet werden. Die Konsequenzen einer derartigen Intervention sind jedoch nicht absehbar.

Das Panel diskutierte die Rolle von Transitional Justice als Intervention, wodurch die Verbindung zwischen der kritischen Transitional Justice Forschung auf der einen und der postkolonial-kritischen Interventionsforschung auf der anderen Seite gezogen wurde. Die Beiträge des Panels verdeutlichten, dass Transitional Justice Maßnahmen teilweise als internationale Intervention angesehen werden können. Diese können sich durchaus ambivalent und eskalierend auf die jeweiligen Konflikte auswirken.

Panel: Auswirkungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr

Dieses Panel eröffneten Ulrich Frank und Ulrich Roos mit einem Vortrag zu ihrem Forschungsprojekt, welches sich inhaltlich mit der Rekonstruktion der Wirkungen des Soldatentods auseinandersetzt. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass das Phänomen des Soldatentods in der postheroischen Gesellschaft der BRD bis 1993 nicht bekannt war. Soldatentod wird hierbei definiert als Tod durch gezielte Handlung von äußeren Kräften. Die veränderte Einsatzrealität in Krisengebieten und der Tod einiger Soldaten revidierte diesen Trend jedoch. Die Thematisierung der Opferbereitschaft von Soldaten im Bundestag führe in der Folge zu Parlamentsplatzet bei Auslandseinsätzen. Eine kontroverse Diskussion über diesen Sachverhalt finde derzeit nicht statt. Analysegegenstand der Arbeit sind die Wertebezüge militärischer, parlamentarischer und regierungsamtlicher Kommunikation über Soldatentod, deren Wirkungen und die Dokumentation möglicher Veränderungen im Diskurs. Der Soldatentod-Diskurs soll als Institution zur Bestimmung deutscher Außenpolitik und als Institution innerstaatlicher Machtverteilung erfasst werden, wobei die innerstaatliche Dimension von Militarisierung, Heroisierung und Verselbständigung der Armee geprägt sei. Die Studie soll auf einer rekonstruktionsmethodologischen Dokumentenanalyse basieren, welche neben Protokollen, Reden und Anträgen auch Interviews zum Gegenstand hat.

Julika Bakes Präsentation befasste sich mit der politischen Praxis der Auslandseinsätze aus Soldatensicht. Ausgehend von der Funktion der Bundestagsdebatten leitete sie zur Beschreibung des Soldaten in diesen Debatten über. Die Analyse der Entwicklung dieses Diskurses habe folgende Typisierung ergeben: Erstens habe sich die Charakterisierung des Soldaten als allzeit bereiter Beamter weiterentwickelt und der Diskurs sei heute geprägt von der Darstellung des Soldaten als internationalem Konfliktdienstleister. In diesem Zusammenhang werde häufig die staatstragende Funktion der Bundeswehr sowie ihre Entsendung durch politischen Willen betont. Der zweite Typus beschreibt den Soldaten als geborenen *peacekeeper*. Exemplarische Bestandteile dieses Diskursstranges sind die Sensibilität und Toleranz von Soldaten im Umgang mit fremden Kulturen. Das Image der Solda-

ten als „Bürger in Uniform“ nehme jedoch aufgrund der zunehmenden Legitimationsschwierigkeiten des Einsatzes in Afghanistan ab. Als dritte Kategorie wurde das Bild vom Soldatentum als Verpflichtung zu äußerster Opferbereitschaft angesprochen. Dieser Teil des Diskurses betone insbesondere die Risikobereitschaft sowie den nötigen Rückhalt der Soldaten in der Bevölkerung. Als Fazit wurde festgehalten, dass das Soldatenbild in den Debatten eine wichtige Rolle spielt, wobei die Illustration der Soldaten als Bürger in Uniform als Leitmotiv fungiert. Das Interesse an überparteilicher Konkordanz in dieser Frage werde durch die Topoi von Fürsorge und Dank rhetorisch untermalt.

Der Beitrag von Dinah Schardt trug den Titel „Auf schmalen Grat mit Leib und Seele – zum Umgang mit Tod und Verwundung in Auslandseinsätzen der Bundeswehr“. Gegenstand der Untersuchung sind folglich ethische Formen des Umgangs mit Tod und Verwundung in politischen Diskursen und militärischer Einsatzpraxis. Die Analyse des Diskurses wurde auf verschiedene Materialien gestützt, welche hauptsächlich Presseberichte und Experteninterviews einschließen. Daraus könne man ablesen, dass die Bundeswehr durch die neuesten Auslandseinsätze in eine ethische Krise geraten sei, wozu die Kluft zwischen ethischem Ideal und realer Einsatzpraxis einen erheblichen Beitrag geleistet habe. Zu beobachten sei hierbei ein Aufeinanderprallen von zwei Ethik-Diskursen, welche sich als „Ethik gegen die Krise“ und „Ethik in der Krise“ klassifizieren lassen. Als Elemente des ersten Diskurses sind die Friedensarmee, die postheroische Gesellschaft und die innere Führung zu nennen, während die Armee im Einsatz, die gesellschaftliche Indifferenz und der „verzivilisierte“ Soldat zur zweiten Kategorie gehören. Bedeutung und Risiken der Einsätze sollen zukünftig stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden, zumal vornehmlich Kriegsdebatte, personalpolitische Debatte und der Rücktritt Horst Köhlers die Krisendiskurse im öffentlichen Raum prägen.

Kommentiert wurden die genannten Vorträge durch Simone Wisotzki. Sie regte an, dass Ulrich Roos und Ulrich Franke die Einbeziehung von Ideen- und Wertebezügen deutscher Außenpolitik und deutscher Soldaten erwägen sollten. Außerdem sei eine Zusammenführung der Debatten aus der Friedenspädagogik, Ethnologie etc. für den Forschungsstand interessant. Bezüglich des Forschungsdesigns könnten die Teildiskurse zudem stärker differenziert werden. Für Dinah Schardt könnte sich hingegen die Inklusion älterer Literatur als fruchtbar erweisen. Wünschenswert seien zudem nähere Erläuterungen zu den unterschiedlichen Dimensionen von Ethik. Aus dem Publikum wurde angemerkt, dass sich der rational-choice Ansatz gut als Analysemethode eigne. Kritisch hinterfragt wurde die Fokussierung auf den Tod und die Vernachlässigung des Tötungsaspekts. Außerdem wurde in Verbindung mit der Frage nach einer Geschlechterkonstruktion in Soldatenbildern eine männliche Dominanz in den Interviews bzw. im Parlamentsdiskurs festgestellt.

Panel: Macht in Interventionsprozessen

Dieses Panel bestand aus zwei ReferentInnen, die den derzeitigen Stand ihrer Forschungsarbeiten präsentierten. Den Anfang machte Sarah Riese mit ihrer Präsentation zum Thema „Der Konflikt nach dem Konflikt. Intervention

als konfliktiver Aushandlungsprozess zwischen Intervenierenden und Intervenierten“. Zentraler Untersuchungsgegenstand ist die Auswirkung von Interventionen als (versuchter) Eingriff in die Machtverhältnisse im Interventionsland, wofür Bosnien-Herzegowina als Fallbeispiel ausgewählt wurde. Der Analyse wird die Annahme zugrundegelegt, dass die Möglichkeiten der Intervenierenden, auf innerbosnische Konfliktlinien einzuwirken, auf längere Sicht begrenzt sind. Als Ergebnis des Prozesses kann festgehalten werden, dass aufgrund der großen Anzahl von Akteuren und widersprüchlichen Interessenlagen häufig Kompromisse geschlossen wurden. Außerdem werden viele Themen sehr stark politisiert.

„Macht und Politisierung als organisatorische Grundlage von Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung?“ war der Titel des Vortrags von Joel Gwyn Winckler. Gegenstand seiner Analyse ist die Frage, was deutsche Entsendeorganisationen und die UN in ihrer alltäglichen Arbeit on the ground am Fallbeispiel Liberia machen. Relevant sei dies insbesondere deshalb, weil die Implementierung von Maßnahmen koordiniert werden müsse und nur ein eingeschränkter Maßnahmenkatalog zur Verfügung stehe. Dabei sei Macht als elementarer Bestandteil von Gestaltung anzusehen, was tiefgreifende Implikationen nach innen und außen zur Folge habe (Bürokratie).

Den Ausführungen der beiden ReferentInnen folgte ein Kommentar von Werner Distler. Beide Arbeiten seien insofern interessant als sie die Makro- und Mikrostrukturen des UN-Systems beleuchten würden. Sarah Riese verdeutliche, dass Intervention als Prozess gesehen werden müsse, der in seinen Ergebnissen nicht vorhersehbar ist. Die Seite der Intervenierten werde in der Literatur gegenwärtig vernachlässigt. Allerdings sei die Trennung von Konflikten in interessen geleitete und kulturelle Konflikte fragwürdig. Diese Differenzierung fokussiere zu sehr auf rationales Akteursverhalten und unterstelle, dass die Interventionsgesellschaft diese Interessen kennt. Die Ressourcen seien außerdem extrem kulturell definiert und - auch wenn Normen und Symbole das Handeln von sozialen Akteuren leiten - sollten Interessen nicht einfach abgetrennt werden von Kultur, sondern eventuell sogar damit begründet werden. In der Diskussion stellte sich heraus, dass das Ziel der Arbeit gewesen sei, eine neue Perspektive zu eröffnen und die Wirklichkeitsferne des Diskurses zu kritisieren. Daran schlossen sich Fragen nach einer Bewertung der Entwicklung in Bosnien-Herzegowina sowie nach einem Ausblick für die Zukunft an.

Panel: Macht (und Akteure) im Konflikt

Verschiedene Akteursgruppen und deren Macht in Konflikten standen im Mittelpunkt dieses Panels. Im ersten Vortrag setzte sich Sabine Korstian kritisch mit der Wahrnehmung der unterlegenen Seite in asymmetrischen Konflikten – dem sog. Underdog - auseinander. Hier wurde hinterfragt, warum der Underdog tendenziell von Außenstehenden als „gut“ oder unterstützungswürdig erachtet wird, obwohl diese Seite häufig als Konfliktinitiator auftritt und oftmals Gewalt als Machtmittel zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzt. Als einer der Gründe für die fragwürdige Solidarisierung führte Sabine Korstian an, dass Außenstehenden die Rolle des Verlierers zumeist aus eigenen Erfahrungen bekannt sei und man sich daher leicht mit dem Underdog identifizieren könne. Wenn der Underdog einen Erfolg erringe, werde dies als Ausgleich für eigene Misserfolge wahrgenommen. Kritisch ist die

Wahrnehmung des Underdog auch in Bezug auf mögliche externe Eingriffe zu sehen: Die Neigung zur Unterstützung des Underdog ist häufig bei Menschen anzutreffen, die selbst nicht von den Konsequenzen der Parteinahme betroffen sind. Sie gehen fälschlicherweise davon aus, dass der Underdog das Opfer innerhalb einer klaren Täter-Opfer-Konstellation sei und über keine bedeutenden Ressourcen verfüge. Auch wenn der Underdog weniger Macht hat als die andere Seite, bedeutet dies nicht, dass er Ressourcen gänzlich entbehrt. Hätte er nämlich (gar) keine Ressourcen, könnte er keine Gewalt anwenden.

Simon Sottas behandelte in seinem Vortrag die Akteursgruppe der War Lords und der Lords in War am Beispiel der Südphilippinen. Als theoretische Grundlage dient ihm hierzu die internationale politische Ökonomie. Empirische Studien am Beispiel der Moros auf den südlichen Philippinen haben gezeigt, dass nicht nur War Lords eine wichtige Rolle in einem Konflikt spielen, sondern auch Lords in War. Als War Lords werden hier Machthaber bezeichnet, die erst durch den Konflikt und durch Anwendung von Gewalt zu einem Lord wurden, während Lords in War bereits vor dem Konflikt und Einsatz von Gewalt eine Herrschaftsposition inne haben. Im Gegensatz zu den War Lords ist deren Position stabiler, da sich ihre Machtbasis nicht nur auf Gewalt gründet, sondern zudem auf ihre ererbte sozioökonomische Herrschaftsposition und ihre Mittlerrolle als lokale Politiker. Für die Unterstützung des Friedensprozesses auf den Südphilippinen bedeutet dies, dass die gesellschaftlichen Strukturen stärker beachtet und das vorhandene (post)koloniale Machtsystem als Ganzes reflektiert werden müsse. Das empirische Beispiel verdeutlicht ebenfalls, dass Gewalt in der Krise nicht unbedingt ein neues System hervorbringt, sondern auch zu einer Verhärtung der Krise führen kann.

Im Kontrast zu den ersten beiden Vorträgen, befasste sich Andrea Iff mit Akteuren, die nicht direkt in einen Konflikt involviert sind - Firmen aus der Privatwirtschaft. Ausgeschlossen sind daher Akteure, die als Teil einer Kriegsökonomie verstanden werden können. An den Beispielen El Salvador und Sudan soll untersucht werden, wie die unterschiedlichen Machtverhältnisse von Wirtschaft und Politik die Bearbeitung von Konflikten beeinflussen. Ausgehend von einem Machtbegriff in der Tradition von Foucault, der gesellschaftliche Phänomene als Machtwirkung oder Machteffekte versteht, werden die privaten Akteure den politischen Akteuren gegenübergestellt.

Vorstellung der neuen Publikationsstrategie der AFK

Christoph Weller präsentierte auf dem Kolloquium die neue Publikationsstrategie der AFK. Die Sammelbände der AFK-Schriftenreihe sollen dabei durch eine halbjährlich erscheinende Fachzeitschrift ersetzt werden, welche den Namen „ZeFKo“ erhalten soll. Begründet wurde die neue Publikationsstrategie hauptsächlich mit der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der verstärkt auf Veröffentlichungsmöglichkeiten in wissenschaftlichen Fachzeitschriften angewiesen ist, und mit der Beförderung eines stärker interdisziplinären Diskurses im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Außerdem erhoffe man sich dadurch eine Verbesserung der wissenschaftlichen Kommunikation, da das Zeitschriftenformat auch Platz für ausführliche Debatten und vielfältige Forumsbeiträge biete. Ferner sei es zunehmend schwieriger geworden, die Sammelbände zu produzieren. Die Initiative des AFK-

Vorstands wurde von den Mitgliedern unterschiedlich aufgenommen. So fühlten sich einige in ihrem Mitbestimmungsrecht übergangen, insgesamt war der Zuspruch für das Projekt jedoch sehr positiv.

Preisverleihung des Christiane Rajewski-Preises 2011

Die Laudatio hielt die Vorsitzende der Jury, Claudia von Braunmühl. Nach einer kurzen Darstellung der eingereichten Arbeiten und des Selektionsprozesses, folgte die Vorstellung der diesjährigen Preisträgerin. Anschließend ging die Juryvorsitzende auf den Inhalt der Dissertation ein und begründete im Zuge dessen die klare Entscheidung für die Arbeit von Claudia Brunner. Als einzigen Kritikpunkt führte sie den sprachlichen Ausdruck an, der den LeserInnen das Verständnis der Argumentation erschwert habe.

Daraufhin stellte die Preisträgerin selbst die Grundzüge ihrer Arbeit vor, in der es insbesondere um die Reflexionen zum Verhältnis von politischer und epistemischer Gewalt gehe. Nahtlos knüpfte sie dabei an den brillanten Vortrag von Claudia von Braunmühl an und lobte den Mut der AFK, sich für eine Arbeit zu entscheiden, die keine politikberatenden Elemente aufweise. Der Zweifel sei wichtig, um Erkenntnisse zu gewinnen und das Ziel der Forschungsarbeit war die Kritik am Mainstream der Terrorismusforschung. Zu den zentralen Forschungsfragen gehörten die Aspekte Normativität und Abweichung, aber auch Legitimität und Illegitimität politischer Gewalt. Wissenschaft als Untersuchungsgegenstand wurde dabei aus wissenssoziologisch-diskursforschender, okzidentalismuskritischer, feministischer und eurozentrismuskritischer Perspektive beleuchtet. Die Analyse unterschiedlicher Materialien förderte interessante Ergebnisse wie die Konturen des Wissensobjekts oder die Modi der okzidentalistischen Selbstvergewisserung zu Tage.

Panel: Analyse diskursiver Konstruktionen von Macht und Konflikt

An den Fallbeispielen Ruanda und Burundi zeigte Carla Schraml in ihrem Vortrag über die ethnische Interpretation von Macht und die konflikthafte Exklusion ‚ethnischer Gruppen‘ die Rolle von Wissen bei der Konfliktanalyse auf. Im Zentrum der Analyse stand die Frage, inwiefern Wissen relevant ist, um die Verteilung von Macht und Wissen zu erfassen. Die Annahme, dass Wissen konstitutiv für Realität ist, bedeutet im Umkehrschluss, dass man Realität nur durch die Erfassung von Wissen begreifen kann. Qualitative Interviews bildeten die Grundlage der Analyse, wobei das Material auf die ethnische Interpretation von Macht sowie von informeller Macht hin untersucht wurde. Als Ergebnis kann festgestellt werden, dass die Verteilung von Macht in beiden Ländern mit unterschiedlichen politisch-institutionellen Systemen ethnisch interpretiert wird.

Richard Bösch stellte die Begriffe Macht und Konflikt an den Anfang seiner Präsentation zum Thema „World Society meets violent conflict – Theoretische Überlegungen zur verstehenden Rekonstruktion gewaltsamer Konflikte (in) der Weltgesellschaft“. Das Weltgesellschaftskonzept wird dabei zwischen den Internationalen Beziehungen und der soziologischen Systemtheorie nach Luhmann verortet. Die Weltgesellschaft sei durch funktionale Differenzierung gekennzeichnet und Kommunikationen seien als Basis sozialer Strukturen anzusehen. Dies habe zur Folge, dass sich in der Eskalation sozialer Konflikte weltgesellschaftliche Inkongruenzen in kommunikativer

Weise herauskristallisieren. Ziel der Analyse ist es, den Konfliktverlauf in unterschiedlichen Stadien der kommunikativen Konfliktintensivierung zu dokumentieren und dabei herauszufinden, „wie organisierte, kollektive Gewalt mit ihrer kommunikativen Vorgeschichte verknüpft ist bzw. wie spezifische Diskurse eine ‚Fortsetzung der Kommunikation mit anderen Mitteln‘ ermöglichen“.

Christoph Weller merkte an, dass Kommunikation für die Entstehung von Macht und Konflikten von zentraler Bedeutung sei. Carla Schraml habe eine neue Vorgehensweise der Konflikterforschung versucht, welche sich deutlich von traditionellen Herangehensweise unterscheidet. Die Kritik in der anschließenden Diskussion an Richard Bösch Papier stellte hauptsächlich auf das theoriebeladene Forschungsdesign ab. Hieraus könne sich eine Problematik ergeben, falls sich im weiteren Verlauf Disharmonien zwischen Theorie und Empirie einstellen sollten. Weiterhin ging es in der Diskussion im Publikum um den Begriff der Ethnizität sowie die Kategorisierungskriterien bei Carla Schraml und um die Verwendung des Weltgesellschaftskonzepts für einen Untersuchungsgegenstand auf regionaler Ebene bei Richard Bösch. Außerdem wurde kontrovers über den Zusammenhang von Macht und Kommunikation diskutiert. So sei Kommunikation nicht als Quintessenz von Macht zu verstehen. .

Panel: Macht und Konfliktbearbeitung in der Hochschullehre

In einer kurzen Einführung zu diesem Thema regten Verena Brenner und Tatjana Reiber einen Erfahrungsaustausch zwischen Dozenten und Studierenden an. Es wurde festgestellt, dass Dozenten verschiedene Funktionen erfüllen und dass in diesen Rollen auch verschiedene Machtaspekte zum Tragen kommen. Bestimmte Quellen der Macht seien als gegeben einzustufen (z.B. Noten, Wissensvorsprung, Rollenerwartungen), andere hingegen seien variabel einsetzbar (z.B. Mitgestaltung, Redeanteile, Kommunikation). Im Folgenden wurde versucht, Machtdosierungsmodelle in Wertequadranten abzubilden, wobei sich Struktur und Flexibilität als wichtige Komponenten herauskristallisierten. Es wurde auch konstatiert, dass Machtorientierung individuell sehr unterschiedlich ausgeprägt und nicht an sich negativ sei. Die Frage der richtigen Dosierung sei hierbei von zentraler Bedeutung. Anknüpfend an diese Ausführungen wurden die mangelnde Selbstreflexion und das negative Studentenbild der Dozenten thematisiert. Die Gegenüberstellung von positiven und negativen Lernkreisläufen und die Möglichkeiten der Einflussnahme auf diese Dynamiken bildeten den Übergang zur Arbeit in Kleingruppen. In den abschließenden Bemerkungen wurde deutlich, dass äußere Rahmenbedingungen wie die Größe der Gruppe oder die Struktur der Universität bzw. des Modulsystems für das Gelingen eines Seminars ebenso entscheidend sind wie inhaltliche Aspekte. Hier wurden vor allem Transparenz, Eigenkontrolle durch Studierende und Besprechung der Lektüre genannt.

Keynote

Als Einstieg zum abschließenden Roundtable Macht und Konflikt hielt Anja Weiß einen Impulsvortrag, der sich thematisch mit symbolischer Herrschaft auseinandersetzte. Der Begriff der symbolischen Herrschaft gehe auf Pierre Bourdieu zurück und meine die selbstverständliche Akzeptanz von hegemonialen Strukturen in der Gesell-

schaft. Als Beispiel wurde der „Rasse“-Diskurs herangezogen. Der Kulturbegriff sei hingegen recht vage definiert. Kultur werde aber dort sichtbar, wo sich Gesellschaften sehr schnell wandeln, Kompromisse durch Machtgefälle zwischen Gruppen behindert werden und ein Teil der Bevölkerung schließlich von der Kompromissbildung ausgeschlossen wird. Als kultureller Kompromiss werden hierbei offene und instabile Prozesse des Aushandelns sozialer Bedeutungen bezeichnet. Die Frage, inwiefern man über die kulturelle Ebene Herrschaft ausüben kann, lasse sich mit der (Un-)Sichtbarkeit symbolischer Herrschaft begründen. Kulturelle Hegemonie setze Herrschaft dabei so durch, dass sie allgemein akzeptiert werde. Dies kann mit Hilfe des Assimilationsdiskurses bei MigrantInnen verdeutlicht werden: Die Betroffenen konfrontieren sich mit gegenseitigen Vorwürfen (Rassismus vs. Unhöflichkeit), ohne ein Verständnis für die Gegenposition zu entwickeln. Interkulturelle Konflikte entstehen insbesondere dort, wo aufgrund der kulturellen Differenz ein Konfliktpotential herrscht, welches noch durch ein starkes Machtgefälle ergänzt wird. Aufgrund des Perspektivunterschieds kommt es in der Folge zu Missverständnissen. Die Austragung interkultureller Konflikte führt in einer symmetrischen Konstellation zumeist zur Verfestigung von Stereotypen. In einer asymmetrischen Konstellation existieren indessen immer eine dominante und eine dominierte Gruppe. Für die dominante Gruppe ist der Bezug auf die kollektive Ebene erfolgsversprechender, während die dominierte Gruppe nur durch Individualisierung des Konflikts Erfolg haben kann. Daraus folgt, dass sich die Austragung kultureller Konflikte äußerst schwierig gestaltet. Wie kann man aber agieren unter der Prämisse, dass der asymmetrische Konflikt weiter besteht? Hegemonieverhältnisse müssen deutlich gemacht und differenzierte Strategien für Dominierte entwickelt werden. Letztere brauchen Raum für die Entwicklung und Durchsetzung eigener Perspektiven. Angehörige der dominanten Gruppe müssen lernen, dass es legitime andere Perspektiven gibt. Macht, Asymmetrie, Konflikt und symbolische Herrschaft sind demnach eng miteinander verklammert.

Roundtable: Macht und Konflikt

Nach einer kurzen Vorstellung des Panels, bestehend aus Christoph Weller, Julika Bake, Hartwig Hummel und Werner Distler, begann letzterer mit seinem Diskussionsbeitrag. Der Vortrag von Anja Weiß zeige, dass Machtgefälle und Asymmetrien häufig nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. Die Gleichzeitigkeit von Machttypen finde ihren Ausdruck darin, dass die dominante Gruppe in einer Arena möglicherweise zugleich Dominierte innerhalb einer anderen Arena ist. Uneingeschränktes Lob für die Präsentation gab es auch von Hartwig Hummel, da dieser Beitrag nicht nur versuche, Herrschaftsstrategien zu verstehen und zu beschreiben, sondern sich den Brüchen in diesen Strukturen widme. In Anlehnung an Gramsci sei es wichtig, das Selbstverständliche als Kern von Macht zu akzeptieren. Allerdings seien Herrschaftsbeziehungen nie für alle völlig selbstverständlich, da Wandel in diesem Falle nicht mehr denkbar wäre. An diese Bemerkung schloss sich die Frage an, was diese Erkenntnisse für Forschung als Herrschaftsdiskurs bedeuten. Die Definition von Untersuchungsgegenständen, Methoden etc. werde oft nicht genügend reflektiert und auch während des Kolloquiums habe der Stellenwert der Friedens- und Konfliktforschung innerhalb der Forschung nur eine marginale Rolle gespielt. Es dürfe nicht nur direkte Gewalt im Zentrum stehen, sondern strukturelle Gewalt müsse stets in die Überlegungen einbezogen werden. Julika Bake

versuchte daraufhin, die Ergebnisse der Analyse von symbolischer Herrschaft mit dem Themenbereich der Bundeswehr und Konstruktionen des Soldaten im Hinblick auf eine gesetzlich vorgeschriebene Deutungsmacht zu verknüpfen. Christoph Weller bettete den Vortrag in den Gesamtkontext der Tagung ein, indem er auf die Bedeutung von Machtasymmetrien für die Konfliktbearbeitung hinwies. Außerdem hinterfragte er kritisch, welchen epistemologischen Stellenwert politikwissenschaftliche Analysen haben könnten, wenn sie lediglich einen Beitrag zu einer bestimmten Perzeption eines Konflikts leisten und bestimmte Machtasymmetrien gar nicht wahrnehmen. Aus dem Publikum meldete sich Peter Schlotter zu Wort, der die fragwürdige Vergleichbarkeit von privaten mit politischen Konflikten thematisierte und die doppelte Asymmetrie im Menschenrechtsdiskurs herausstellte. Demnach könne man Dominante und Dominierte nicht in ein antagonistisches Verhältnis zueinander setzen, sondern auch innerhalb der Gruppe der Dominierten gäbe es wiederum Hierarchien. Dinah Schardt gab ferner zu bedenken, dass dieser Ansatz die Eigenverantwortlichkeit dominierter Gruppen vernachlässige, ihre Perspektive aktiv einzubringen.

Im weiteren Verlauf nahm Anja Weiß zu den genannten Äußerungen Stellung, wobei sie zunächst ihr zentrales Anliegen klarstellte. In der vorgestellten Analyse gehe es ihr um die Darstellung des ständigen Anpassungsdrucks, welcher auf stabil institutionalisierten Machtverhältnissen und mangelnder Artikulationsfähigkeit einer dominierten Gruppe beruhe. Am Ende Ihrer Ausführungen unterstellte Anja Weiß der Friedens- und Konfliktforschung eine gewisse Naivität und regte zu mehr Selbstkritik im Hinblick auf bestimmte institutionelle Strukturen an. Auch hinter der Intention, Konflikte zu lösen, könne sich die Ausübung von Hegemonie verbergen. Die Abhängigkeitsverhältnisse seien teilweise so stark, dass die Verdeutlichung der eigenen Perspektive nicht mehr möglich sei. Die Fähigkeit dazu sei in dominierten Gruppen schlicht und ergreifend häufig nicht vorhanden.